

0. Aktuelles zur Entgeltabrechnung und Personalbetreuung im Kalenderjahr 2019

Inhaltsübersicht Kapitel 0

- | | |
|---|------------------|
| 0.1. Zahlen und Fakten zur Entgeltabrechnung 2019 | S. 0 (3) |
| a) Einführung | |
| b) Ergänzende Informationen zu Zahlen und Fakten in der Entgeltabrechnung 2018/2019 | |
| 0.2. Beitragssätze und Rechengrößen in der gesetzlichen Sozialversicherung ab 01.01.2019 | S. 0 (7) |
| 0.3. Auswirkungen durch die Anpassung von Rechengrößen und Beitragssätzen in anderen Rechtsgebieten | S. 0 (15) |
| 0.4. Zusatzbeiträge in der gesetzlichen Krankenversicherung | S. 0 (19) |
| 0.5. Aktuelle Gesetzgebungsverfahren (mit Bezug) zum Arbeits-, Lohnsteuer- und Sozialversicherungsrecht | S. 0 (27) |
| 0.6. Änderungen in der Entgeltbescheinigungsverordnung (EBV) zum 01.01.2018 | S. 0 (39) |
| a) Abrechnungsanspruch des Arbeitnehmers nach § 108 GewO | |
| b) (Nicht ganz neue) Verpflichtung des Arbeitgebers auch sog. Nebenbezüge im Gesamtbrutto der Entgeltabrechnung auszuweisen | |
| c) Ergänzende Hinweise zum Problembereich Pfändung, Abtretung und Verbraucherinsolvenz mit Restschuldbefreiung | |
| 0.7. Änderungen im Lohn- und Einkommensteuertarif sowie beim Kindergeld zum 01.01. und 01.07.2019 | S. 0 (47) |
| 0.8. Übersicht über Zahlen zur Lohnsteuer 2018/2019 | S. 0 (52) |
| 0.9. Aktuelle Veröffentlichungen aus der Finanzverwaltung | S. 0 (53) |
| a) Lohnsteuerrichtlinien 2019 | |
| b) Übersicht der wichtigsten BMF-Schreiben im Kalenderjahr 2018 | |
| c) Übersicht der wichtigsten BMF-Schreiben im Kalenderjahr 2017 | |

Änderungen im Arbeit-, Lohnsteuer- und SV-Recht zum 01.01.2019	- 0 (2) -	Aktuelle Hinweise zum ALS-Recht 2018/2019 (Kapitel 0)
---	------------------	--

0.10. Und noch einmal: Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) S. 0 (65)

- a) Mitarbeiter-Information zum Datenschutz
- b) Unterrichtung und Verpflichtung der Beschäftigten auf Beachtung der datenschutzrechtlichen Anforderungen nach der DS-GVO
- c) Checkliste für einen Sicherheitscheck gem. Art. 24 und 32 DS-GVO
- d) Datenverarbeitung (Lohn- und Finanzbuchhaltung) durch Steuerberater

0.10a. Zulässigkeit der Verarbeitung von Beschäftigtendaten: „Erforderlichkeit“ der Datenverarbeitung S. 0 (67)

- a) Erlaubnistatbestände zur Datenverarbeitung
- b) Erhebung nicht erforderlicher Daten bei Einwilligung des Betroffenen in bestimmten Fällen zulässig
- c) Zurück zur „Erforderlichkeit“ von Daten in der Entgeltabrechnung und Personalbetreuung im Lichte der EU-Datenschutz-Grundverordnung
- d) Das Recht auf Vergessen werden
- e) Auskunftspflichten des Arbeitgebers

0.11. Der Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD vom 12.03.2018 und seine Folgen im Arbeits-, Lohnsteuer- und Sozialversicherungsrecht S. 0 (75)

- a) Unterzeichnung des Koalitionsvertrages am 12.03.2018
- b) Arbeitsrechtliche Regelungen im Koalitionsvertrag
- c) Steuerrechtliche Regelungen im Koalitionsvertrag
- d) Regelungen zur Krankenversicherung im Koalitionsvertrag
- e) Regelungen zur Arbeitslosenversicherung im Koalitionsvertrag
- f) Weitere Regelungen zur Sozialversicherung im Koalitionsvertrag

0.12. Aktuelle Hinweise zur 44,00 EUR-Freigrenze S. 0 (91)

- a) Berücksichtigung von Verpackungs- und Handlingskosten?
- b) Einbeziehung von Jobtickets in die 44,00 EUR-Grenze?
- c) Einbeziehung von Zukunftssicherungsleistungen (Versicherungsprämien für eine betriebliche Krankenversicherung) unter die 44,00 EUR-Grenze?

0.13. Angabe des dritten Geschlechts in Stellenausschreibungen S. 0 (95)

0.14. Weitere Hinweise aus Gesetzgebung, Verwaltungspraxis und Rechtsprechung S. 0 (101)

- a) Bereitschaftsdienst und Rufbereitschaft als Arbeitszeit
- b) Private Handynummer in der Regel für Arbeitgeber tabu
- c) Keine Verzugspauschale bei verspäteter Zahlung von Arbeitsentgelt
- d) Vergütung von Reisezeiten bei Auslandsentsendung
- e) Finanzielle Notlage des Arbeitnehmers begründet keinen Anspruch auf Kündigung einer Direktversicherung in bestehendem Arbeitsverhältnis
- f) Continental verbietet WhatsApp und Snapchat auf Diensthandys
- g) Ausschlussklauseln ohne MiLoG-Ausnahme sind unwirksam

0.15. Termine im HR-Bereich im Kalenderjahr 2019 S. 0 (109)

0.16. Aktuelle HR-Projekte im Kalenderjahr 2019 S. 0 (110)

0.1. Zahlen und Fakten zur Entgeltabrechnung 2019

a) Einführung

Zusammenfassung (Stand: 24.11.2018)

Alle wichtigen Entscheidungen für die Entgeltabrechnung 2019 sind von der Bundesregierung aus CDU, CSU und SPD bis Oktober 2018 getroffen und (fast alle) bis zum 23.11.2018 von Bundestag und Bundesrat endgültig verabschiedet worden.

(So gut wie) Klar, dass es zum 01.01. oder 01.07.2019 in Kraft tritt:

Steuerlicher Grundfreibetrag	→	Anhebung zum 01.01.2019 (+ 168 EUR)
Monatliches Kindergeld	→	Anhebung zum 01.07.2019 (+ 10 EUR)
Jährlicher Kinderfreibetrag	→	Anhebung zum 01.01.2019 (+ 192 EUR)
Arbeitslosenversicherungsbeitrag	→	Absenkung um 0,5 % auf 2,5 % (noch nicht endgültig beschlossen)
Pflegeversicherungsbeitrag	→	Anhebung um 0,5 auf 3,05 % für Eltern bzw. auf 3,3 % für Kinderlose
Rentenversicherungsbeitrag	→	unverändert 18,6 %
Krankenversicherungsbeiträge	→	Einführung der paritätischen Finanzierung auf den Gesamtbeitrag, also jetzt auch für den kassenindividuellen Zusatzbeitrag
Durchschnittlicher KV-Beitrag	→	Absenkung von 1,0 % auf 0,9 %
Künstlersozialabgabe	→	unverändert 4,2 %
Insolvenzgeldumlage (U3)	→	unverändert 0,06 %
Kurzfristige Beschäftigung	→	Die Zeitgrenze von drei Monaten oder 70 Arbeitstagen bleibt zum 01.01.2019 nun doch bei drei Monaten oder 70 Arbeits- tagen und wird nicht wieder auf zwei Monate oder 50 Arbeitstage sinken

Änderungen im Arbeit-, Lohnsteuer- und SV-Recht zum 01.01.2019	- 0 (4) -	Aktuelle Hinweise zum ALS-Recht 2018/2019 (Kapitel 0)
---	------------------	--

Beitragsrechtliche Gleitzone	→	Ausweitung der Gleitzone von 850,00 EUR auf 1.300,00 EUR, Einführung eines neuen Einstiegs- bzw. Übergangsbereiches zum 01.07.2019
Gesetzlicher Mindestlohn	→	Anhebung von 8,84 EUR/Stunde zum 01.01.2019 auf 9,19 EUR/Stunde und zum 01.01.2020 auf 9,35 EUR
Beitragsbemessungsgrenzen KV/PV	→	4.537,50 EUR im Monat
Jahresarbeitsentgeltgrenze KV/PV	→	60.750,00 EUR bzw. 54.450,00 EUR
Beitragsbemessungsgrenzen RV/AV	→	6.700,00 EUR bzw. 6.150,00 EUR (Ost)
Sachbezugswerte für Verpflegung	→	1,77 EUR / 3,30 EUR / 3,30 EUR

► **Arbeitsrecht (Kapitel 1, 12, 12a und 13a der Seminarmappe)**

Rechtsanspruch auf Verlängerung der Arbeitszeit bei unbefristeter Teilzeitbeschäftigung	→	§ 9 TzBfG neu
Rechtsanspruch auf befristete Teilzeitbeschäftigung (sog. Brückenteilzeit)	→	§ 9a TzBfG neu
Neuregelung der Arbeit auf Abruf	→	§ 12 TzBfG neu
Rechtsanspruch auf Ag-Zuschuss bei Entgeltumwandlungen zugunsten der betrieblichen Altersversorgung	→	§ 1a Abs. 1a BetrAVG neu
Bußgeldvorschriften bei fehlenden Arbeitsplatzbeurteilungen	→	§ 32 Abs. 1 Nr. 6 MuSchG neu
Rentenpaket I der Bundesregierung	→	Seite 0 (87) ff. der Seminarmappe

► **Lohnsteuerrecht (Kapitel 3 der Seminarmappe)**

Einschränkungen bei der Steuerfreiheit im Rahmen der betrieblichen Gesundheitsförderung	→	§ 3 Nr. 34 EStG neu
Halbierung der geldwerten Vorteile bei Überlassung von Elektro- und bestimmten Hybridelektrofahrzeugen zur privaten Nutzung	→	§ 6 Abs. 1 Nr. 4 Satz 2 und 3 EStG neu

Änderungen im Arbeit-, Lohnsteuer- und SV-Recht zum 01.01.2019	- 0 (5) -	Aktuelle Hinweise zum ALS-Recht 2018/2019 (Kapitel 0)
---	------------------	--

Steuerfreiheit von Fahrtkostenzuschüssen für Fahrten zwischen Wohnung und erster Tätigkeitsstätte mit öffentlichen Verkehrsmitteln einschl. Jobticket

→ § 3 Nr. 15 EStG neu

Steuerfreifreit bei E-Bike-Überlassung als zusätzlicher Arbeitslohn

→ § 3 Nr. 37 EStG neu

(So gut wie) Klar, dass es nicht Anfang 2019 in Kraft tritt:

Einführung von Obergrenzen bei den Befristungen mit und ohne Sachgrund

→ frühestens zum 01.07.2019

Einführung einer Mindestausbildungsvergütung

→ voraussichtlich zum 01.01.2020

Abbau des Solidaritätszuschlags

→ Die bisherigen Regelungen bleiben unverändert bestehen, lediglich die Anhebung der Kinderfreibeträge wirkt sich geringfügig senkend aus, umfassende Änderungen beim SolZ voraussichtlich ab 01.01.2021

Anhebung der Übungsleiterpauschale (§ 3 Nr. 26 EStG) und der Ehrenamts- pauschale (§ 3 Nr. 26a EStG)

→ Der Antrag des Bundesrates wurde von der Bundesregierung im Rahmen des Jahres- steuergesetzes 2018 nicht aufgegriffen

Dynamisierung der Geringfügigkeits- grenze und der Gleitzone

→ frühestens zum 01.01.2020, der Gesetz- entwurf des Landes NRW wird zunächst nicht weiterverfolgt (Beschluss des Bundesrates vom 23.11.2018)

Absenkung der Freigrenze für Sachbezüge

→ bisher 44,00 EUR im Kalendermonat, die Gesetzesinitiative von Hessen und Bremen vom 28.03.2018 wurde im Rahmen des JStG 2018 letztlich nicht berücksichtigt

Unklar, ob sich zum 01.01.2019 (ggf. rückwirkend) noch etwas ändert:

LSt-Pauschalierung bei kurzfristiger Beschäftigung i.S.v. § 40a Abs. 1 EStG

→ Anhebung der Tageslohngrenze von derzeit 72,00 EUR auf mind. 8 Std. x 9,19 EUR = 73,52 EUR bzw. 8 Std. x 9,35 EUR = 74,80 EUR (75,00 EUR)

Änderungen im Arbeit-, Lohnsteuer- und SV-Recht zum 01.01.2019	- 0 (6) -	Aktuelle Hinweise zum ALS-Recht 2018/2019 (Kapitel 0)
--	-----------	---

b) Ergänzende Informationen zu Zahlen und Fakten in der Entgeltabrechnung 2018/2019

► Übersicht über Zahlen zur Lohnsteuer 2018/2019

Eine **aktuelle Übersicht** über Zahlen zur Lohnsteuer 2018/2019 ist als **Tischvorlage 1** zu dieser Seminarveranstaltung verfügbar.

► Gesetzlicher Mindestlohn 2019

Zum 01.01.2019 wird der **gesetzliche Mindestlohn erneut steigen**. Die vom Bundesminister für Arbeit und Soziales (BMAS), **Hubertus Heil (SPD)** angepasste Mindestlohnverordnung wurde im August 2018 vom Bundeskabinett verabschiedet und **am 20.11.2018 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht** (BGBl 2018 Teil I Seite 1876).

Die **Mindestlohnkommission** hatte im Sommer 2018 ihren **Bericht vorgestellt** und eine Erhöhung des bisherigen gesetzlichen Mindestlohns von 8,84 EUR

- zum 01.01.2019 **auf 9,19 EUR pro Stunde** und
- ab dem 01.01.2020 **auf 9,35 EUR pro Stunde**.

empfohlen. Die Mindestlohnkommission **berät alle zwei Jahre über die Höhe des Mindestlohns**. Sie orientiert sich dabei an der **Tarifentwicklung** und prüft, welche Mindestlohnhöhe zu einem angemessenen Mindestschutz der Arbeitnehmer beiträgt.

Ziel sei es außerdem, faire und **funktionierende Wettbewerbsbedingungen** zu ermöglichen sowie Beschäftigung nicht zu gefährden.

► Übersicht zur Entwicklung des gesetzlichen Mindestlohns

	<u>2015 und 2016</u>	<u>2017 und 2018</u>	<u>Jahr 2019</u>	<u>Jahr 2020</u>
Gesetzlicher Mindestlohn	8,50 EUR	8,84 EUR	9,19 EUR	9,35 EUR

Hinweis:

Die **Zollverwaltung** hat im Kalenderjahr 2017 **rd. 2.500 Bußgeldverfahren** gegen Arbeitgeber eingeleitet, vgl. *Haufe News vom 26.01.2018*.

Zu den **Auswirkungen der Mindestlohnanpassung zum 01.01.2019** bei der **geringfügig entlohnten Beschäftigung** vgl. *Seite 0 (14) der Seminarmappe*.

0.2. Beitragssätze und Rechengrößen in der gesetzlichen Sozialversicherung ab 01.01.2019

a) Beitragssätze in der gesetzlichen Krankenversicherung (§§ 241, 243 SGB V)

Seit dem 01.01.2015 erhebt jede gesetzliche Krankenkasse neben **dem gesetzlichen festgelegten Beitragssatz**, den Arbeitgeber und Arbeitnehmer je zur Hälfte tragen, wieder einen **kassenindividuellen, prozentualen Zuschlag**, den das Mitglied nach den bis 31.12.2018 gültigen Regelungen in vollem Umfang **alleine** zu tragen hat.

Am 18.10.2018 hat der Bundestag im Rahmen des GKV-Versichertenentlastungsgesetzes beschlossen, wieder die paritätische Finanzierung des KV-Gesamtbeitrages und damit auch des Zusatzbeitrages einzuführen, so dass ab 01.01.2019 der Gesamtbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung wieder zu je 50 % von Arbeitgebern und Arbeitnehmern getragen wird.

Zu **weiteren Einzelheiten** vgl. Seite 0 (19) ff. der Seminarmappe.

Krankenversicherung	<u>2018</u> (Stand: 01.01.2018)	<u>2019</u> (Stand: 01.11.2018)
- allgemeiner Beitragssatz (Arbeitgeberanteil / Arbeitnehmeranteil)	14,6 % zzgl. Zusatzbeitrag 7,3 % / 7,3 % zzgl. 100 % des Zusatzbeitrages	14,6 % zzgl. Zusatzbeitrag jeweils 7,3 % zzgl. 50 % des Zusatzbeitrages
- ermäßigter Beitragssatz (Arbeitgeberanteil / Arbeitnehmeranteil)	14,0 % zzgl. Zusatzbeitrag 7,0 % / 7,0 % zzgl. 100 % des Zusatzbeitrages	14,0 % zzgl. Zusatzbeitrag jeweils 7,0 % zzgl. 50 % des Zusatzbeitrages

► Änderungen bei den Zusatzbeiträgen der Krankenkassen zum 01.01.2019

Zu **Einzelheiten** vgl. Seite 0 (19) ff. der Seminarmappe.

► Allgemeiner und ermäßigter Krankenversicherungsbeitragssatz

Zu **Einzelheiten** vgl. Seite 14 (3) und (4) der Seminarmappe sowie Neue Wirtschafts-Briefe (NWB) Nr. 48/2015 vom 23.11.2015 Seite 2015.

Änderungen im Arbeit-, Lohnsteuer- und SV-Recht zum 01.01.2019	- 0 (8) -	Aktuelle Hinweise zum ALS-Recht 2018/2019 (Kapitel 0)
--	-----------	---

b) **Beitragssätze in der Renten-, Arbeitslosen und Pflegeversicherung**

	<u>2 0 1 8</u> (Stand: 01.01.2018)	<u>2 0 1 9</u> (Stand: 01.11.2018)
Rentenversicherung	18,6 %	18,6 %
Knappschaftliche RV	24,7 %	24,7 %
Arbeitslosenversicherung	3,0 %	2,5 %
Pflegeversicherung (Eltern)	2,55 %	3,05 %
Pflegeversicherung (Kinderlose)	2,8 %	3,3 %

► **Rentenversicherung**

Die Festlegung des Beitragssatzes in der allgemeinen Rentenversicherung für das Kalenderjahr 2019 bei unverändert 18,6 % erfolgt in diesem Jahr durch **RV-Leistungsverbesserungs- und –Stabilisierungsgesetz**, Bundesrats-Drucksache 425/18 vom 07.09.2018 und 557/18 vom 09.11.2018 (Zustimmung des Bundesrates am 23.11.2018).

Die **sonst übliche Festlegung** des Beitragssatzes **in einer Verordnung** des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) **entfällt hierdurch**.

► **Arbeitslosenversicherung (noch nicht endgültig beschlossen)**

Die Große Koalition aus CDU, CSU und SPD einigte sich nach wochenlangem Hin und Her darauf, den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung von 3,0 % **um 0,5 % auf 2,5 % zum 01.01.2019 zu senken**, und zwar 0,4 % dauerhaft per Gesetz und 0,1 % befristet bis zum Kalenderjahr 2022 durch Verordnung, vgl. *zuletzt Handelsblatt vom 05.10.2018*.

► **Pflegeversicherung**

Der Beitragssatz in der **sozialen Pflegeversicherung** indes steigt nach dem Gesetzesbeschluss des Deutschen Bundestages vom 08.11.2018 zum 01.01.2019 um 0,5 % und soll dann nach derzeitigem Kenntnisstand der Bundesregierung **bis in das Kalenderjahr 2022 hinein stabil** gehalten werden können, vgl. *zuletzt Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11.10.2018*.

Die von **Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU)** abgekündigten **13.000 neuen Stellen** in der Krankenpflege der Alten (rechnerisch eine Stelle je Heim!) werden jedoch von der **Krankenversicherung** finanziert, vgl. *zuletzt FAZ vom 10.11.2018*.

Änderungen im Arbeit-, Lohnsteuer- und SV-Recht zum 01.01.2019	- 0 (9) -	Aktuelle Hinweise zum ALS-Recht 2018/2019 (Kapitel 0)
--	-----------	---

► **Beitragsübersichten in der Pflegeversicherung im Kalenderjahr 2018 und 2019**

	<u>Normaler Beitrag für Eltern im Kalenderjahr 2018</u>		<u>Erhöhter Beitrag für kinderlose Versicherte im Jahr 2018</u>	
Alle Bundesländer (außer Sachsen)	Arbeitnehmer	1,275 %	Arbeitnehmer	1,525 %
	Arbeitgeber	<u>1,275 %</u>	Arbeitgeber	<u>1,275 %</u>
	Summe	<u>2,55 %</u>	Summe	<u>2,8 %</u>
Freistaat Sachsen	Arbeitnehmer	1,775 %	Arbeitnehmer	2,025 %
	Arbeitgeber	<u>0,775 %</u>	Arbeitgeber	<u>0,775 %</u>
	Summe	<u>2,55 %</u>	Summe	<u>2,8 %</u>

	<u>Normaler Beitrag für Eltern im Kalenderjahr 2019</u>		<u>Erhöhter Beitrag für kinderlose Versicherte im Jahr 2019</u>	
Alle Bundesländer (außer Sachsen)	Arbeitnehmer	1,525 %	Arbeitnehmer	1,775 %
	Arbeitgeber	<u>1,525 %</u>	Arbeitgeber	<u>1,525 %</u>
	Summe	<u>3,05 %</u>	Summe	<u>3,3 %</u>
Freistaat Sachsen	Arbeitnehmer	2,025 %	Arbeitnehmer	2,275 %
	Arbeitgeber	<u>1,025 %</u>	Arbeitgeber	<u>1,025 %</u>
	Summe	<u>3,05 %</u>	Summe	<u>3,3 %</u>

► **Beitragsmehrbelastung für kinderlose Versicherte im Kalenderjahr 2019**

<u>Arbeitnehmer mit einem monatlichen Entgelt von</u>	<u>Beitrag zur Pflegeversicherung für Eltern</u>	<u>Beitrag zur Pflegeversicherung für Kinderlose</u>	<u>Differenz</u>
1.000,00 EUR	15,25 EUR	17,75 EUR	2,50 EUR
1.500,00 EUR	22,88 EUR	26,63 EUR	3,75 EUR
2.000,00 EUR	30,50 EUR	35,50 EUR	5,00 EUR
3.000,00 EUR	45,75 EUR	53,25 EUR	7,50 EUR
4.000,00 EUR	61,00 EUR	71,00 EUR	10,00 EUR
4.537,50 EUR	69,20 EUR	80,54 EUR	11,34 EUR

Änderungen im Arbeit-, Lohnsteuer- und SV-Recht zum 01.01.2019	- 0 (10) -	Aktuelle Hinweise zum ALS-Recht 2018/2019 (Kapitel 0)
--	------------	---

c) Umlagesätze für die Arbeitgeberumlagen U 1, U 2 und U 3

	<u>2018</u> (Stand: 01.01.2018)	<u>2019</u> (Stand: 01.11.2018)
Umlage U 1 für Kleinbetriebe bis 30 AN (Aufwendungen für Arbeitsunfähigkeit)	lt. Satzung der jeweiligen KK	lt. Satzung der jeweiligen KK*
Umlage U 2 für alle Betriebe (Aufwendungen für Mutterschaft)	lt. Satzung der jeweiligen KK	lt. Satzung der jeweiligen KK*
Umlage U 3 für insolvenzfähige Betriebe (Insolvenzgeldumlage, bis 31.12.2008 Erhebung durch die Träger der UV)	0,06 % des Arbeitsentgelts	0,06 % des Arbeitsentgelts

► Ausgewählte aktuelle Umlagesätze der U 1 und U 2 im Kalenderjahr 2018

	<u>AOK Hessen</u>	<u>AOK Bayern</u>	<u>AOK Rhein- land-Pfalz/ Saarland</u>	<u>AOK Baden- Württemberg</u>	<u>AOK Plus (Thüringen und Sachsen)</u>
Umlage U1 – 50 % Erstattung	1,3 %	1,1 %	1,5 %	1,5 %	1,8 %
Umlage U1 – 60 % Erstattung	2,1 %	1,6 %	2,2 %	2,1 %	---
Umlage U1 – 70 % Erstattung	2,4 %	2,0 %	2,8 %	2,4 %	---
Umlage U1 – 80 % Erstattung	3,2 %	3,1 %	3,5 %	3,65 %	---
Umlage U2 - Mutterschaft	0,49 %	0,46 %	0,49 %	0,44 %	0,79 %
Quelle: Internetrecherche vom 12.10.2018 unter www.aok-business.de					

Änderungen im Arbeit-, Lohnsteuer- und SV-Recht zum 01.01.2019	- 0 (11) -	Aktuelle Hinweise zum ALS-Recht 2018/2019 (Kapitel 0)
--	------------	---

d) **Beitragsätze für die Künstlersozialversicherung**

Die **Abgabesätze** für die an selbständige Künstler und Publizisten (z.B. Werbetexter, Grafiker, Layouter, Webdesigner für den Internetauftritt) **gezahlten Entgelte betragen:**

<u>Jahr</u>	<u>2007</u>	<u>2008</u>	<u>2009</u>	<u>2010 bis 2012</u>	<u>2013</u>	<u>2014 bis 2016</u>	<u>2017</u>	<u>2018 und 2019</u>
Abgabe	5,1 %	4,9 %	4,4 %	3,9 %	4,1 %	5,2 %	4,8 %	4,2 %
Angabe des Prozentsatzes für das Kalenderjahr 2019 gem. Künstlersozialabgabe-Verordnung 2019 vom 23.08.2018 (BGBl 2018 Teil I Seite 1348)								

e) **Ausgewählte Rechengrößen in der Sozialversicherung 2018/2019 im Überblick**

Die **Sozialversicherungs-Rechengrößenverordnung 2019** – Entwurf vom 10.10.2018 – vom xx.xx.2018 (Zustimmung des Bundesrates mit BR-Drucksache 496/18 – Beschluss – am 23.11.2018, BGBl 2018 Teil I Seite xxx, veröffentlicht am xx.xx.2018) sieht für die

Krankenversicherung nicht nur eine Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze von monatlich 4.425,00 EUR **auf 4.537,50 EUR**

sondern auch der **allgemeinen Jahresarbeitsentgeltgrenze** von 59.400,00 EUR **auf 60.750,00 EUR** (monatlich 5.062,50 EUR) vor.

► **Besondere Jahresarbeitsentgeltgrenze in der Kranken- und Pflegeversicherung**

Für Arbeiter und Angestellte, die am 31. Dezember 2002 wegen **Überschreitens** der an diesem Tage geltenden **Jahresarbeitsentgeltgrenze** versicherungsfrei und bei einem **privaten Krankenversicherungsunternehmen** in einer substitutiven Krankenversicherung versichert waren, gilt die **besondere Jahresarbeitsentgeltgrenze** des § 6 Abs. 7 SGB V.

Diese **besondere Jahresarbeitsentgeltgrenze** für Arbeitnehmer mit „Vertrauensschutz“ erhöht sich zum 01.01.2019 von 53.100,00 EUR **auf 54.450,00 EUR** (monatlich 4.537,50 EUR).

► **Beitragsbemessungsgrenze in der Renten- und Arbeitslosenversicherung**

Die **Beitragsbemessungsgrenze (West)** in der allgemeinen **Rentenversicherung** und in der **Arbeitslosenversicherung** steigt von monatlich 6.500,00 EUR **auf 6.700,00 EUR**. Dagegen steigen die **Beitragsbemessungsgrenzen Ost** in der allgemeinen Rentenversicherung und in der Arbeitslosenversicherung von 5.800,00 EUR **auf 6.150,00 EUR**.

Zu weiteren Einzelheiten und zur Entwicklung der **weiteren Rechengrößen** vgl. *die nächsten Seiten und Kapitel 14 der Seminarmappe.*

Änderungen im Arbeit-, Lohnsteuer- und SV-Recht zum 01.01.2019	- 0 (12) -	Aktuelle Hinweise zum ALS-Recht 2018/2019 (Kapitel 0)
--	------------	---

► **Ausgewählte Rechengrößen in der Sozialversicherung 2018/2019 im Überblick (alte Bundesländer) – Zustimmung des Bundesrates in der Sitzung am 23.11.2018**

	<u>2018</u>		<u>2019</u>	
	<u>Monat</u>	<u>Jahr</u>	<u>Monat</u>	<u>Jahr</u>
Beitragsbemessungsgrenze (KV/PV)	4.425,00 EUR	53.100,00 EUR	4.537,50 EUR	54.450,00 EUR
Beitragsbemessungsgrenze (RV/AV)	6.500,00 EUR	78.000,00 EUR	6.700,00 EUR	80.400,00 EUR
BBG RV Knappschaft	8.000,00 EUR	96.000,00 EUR	8.200,00 EUR	98.400,00 EUR
Besondere Jahresarbeitsentgeltgrenze	(4.425,00 EUR)	53.100,00 EUR	(4.537,50 EUR)	54.450,00 EUR
Allgemeine Jahresarbeitsentgeltgrenze	(4.950,00 EUR)	59.400,00 EUR	(5.062,50 EUR)	60.750,00 EUR
Geringfügigkeitsgrenze	450,00 EUR	---	450,00 EUR	---
Geringverdienergrenze	325,00 EUR	---	325,00 EUR	---
Bezugsgröße (§ 18 SGB IV)	3.045,00 EUR	36.540,00 EUR	3.115,00 EUR	37.380,00 EUR
Mindest-BBG Freiwillige Mitglieder (KV/PV)	1.015,00 EUR (1/3 der Bezugsgröße)	---	1.038,33 EUR (1/3 der Bezugsgröße)	---
Mindest-BBG Freiwillig versicherte Selbständige (KV/PV)	2.283,75 EUR (75 % der Bezugsgröße)	---	1.038,33 EUR (1/3 der Bezugsgröße)	---
Mindest-BBG Azubis und Praktikanten (RV/AV)	30,45 EUR (1 % der Bezugsgröße)	---	31,15 EUR (1 % der Bezugsgröße)	---
Untergrenze der KVdR für Versorgungsbezüge	152,25 EUR (5 % der Bezugsgröße)	---	155,75 EUR (5 % der Bezugsgröße)	---

Quelle: Sozialversicherungs-Rechengrößenverordnung 2019 vom xx.xx.2018 (BGBl 2018 Teil I Seite xxx)
Zu weiteren Einzelheiten zu den Rechengrößen vgl. weiter hinten in diesem Kapitel.

Änderungen im Arbeit-, Lohnsteuer- und SV-Recht zum 01.01.2019	- 0 (13) -	Aktuelle Hinweise zum ALS-Recht 2018/2019 (Kapitel 0)
--	------------	---

► **Ausgewählte Rechengrößen in der Sozialversicherung 2018/2019 im Überblick (in den – nicht mehr ganz so – neuen Bundesländern)**

	<u>2018</u>		<u>2019</u>	
	<u>Monat</u>	<u>Jahr</u>	<u>Monat</u>	<u>Jahr</u>
Beitragsbemessungsgrenze (KV/PV)	4.425,00 EUR	53.100,00 EUR	4.537,50 EUR	54.450,00 EUR
Beitragsbemessungsgrenze (RV/AV)	5.800,00 EUR	69.600,00 EUR	6.150,00 EUR	73.800,00 EUR
BBG RV Knappschaft	7.150,00 EUR	85.800,00 EUR	7.600,00 EUR	91.200,00 EUR
Besondere Jahresarbeitsentgeltgrenze	(4.425,00 EUR)	53.100,00 EUR	(4.537,50 EUR)	54.450,00 EUR
Allgemeine Jahresarbeitsentgeltgrenze	(4.950,00 EUR)	59.400,00 EUR	(5.062,50 EUR)	60.750,00 EUR
Geringfügigkeitsgrenze	450,00 EUR	---	450,00 EUR	---
Geringverdienergrenze	325,00 EUR	---	325,00 EUR	---
Bezugsgröße (§ 18 SGB IV)	2.695,00 EUR	32.340,00 EUR	2.870,00 EUR	34.440,00 EUR
Mindest-BBG Freiwillige Mitglieder (KV/PV)	1.015,00 EUR (1/3 der West-Bezugsgröße)	---	1.038,33 EUR (1/3 der West-Bezugsgröße)	---
Mindest-BBG Freiwillig versicherte Selbständige (KV/PV)	2.283,75 EUR (75 % der West-Bezugsgröße)	---	1.038,33 EUR (1/3 der West-Bezugsgröße)	---
Mindest-BBG Azubis und Praktikanten (RV/AV)	26,95 EUR (1 % der Ost-Bezugsgröße)	---	28,70 EUR (1 % der Ost-Bezugsgröße)	---
Untergrenze der KVdR für Versorgungsbezüge	152,25 EUR (5 % der West-Bezugsgröße)	---	155,75 EUR (5 % der West-Bezugsgröße)	---

Quelle: Sozialversicherungs-Rechengrößenverordnung 2019 vom xx.xx.2018 (BGBl 2018 Teil I Seite xxx)
Zu weiteren Einzelheiten zu den Rechengrößen vgl. weiter hinten in diesem Kapitel.

Änderungen im Arbeit-, Lohnsteuer- und SV-Recht zum 01.01.2019	- 0 (14) -	Aktuelle Hinweise zum ALS-Recht 2018/2019 (Kapitel 0)
--	------------	---

► **Die monatliche Entgeltgrenze für versicherungsfreie geringfügige Beschäftigung (Geringfügigkeitsgrenze)**

Durch das „Zweite Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ vom 23.12.2002 (BGBl 2002 Teil I Seite 4621) wurde **zum 01.04.2003 eine Änderung in der rechtlichen Beurteilung** von geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen vorgenommen.

Seit **01.04.2003** ist eine geringfügig entlohnte Beschäftigung nicht nur für **Arbeitnehmer ohne sozialversicherungspflichtige Hauptbeschäftigung** (z.B. Schüler, Studenten, Hausfrauen, Beamte, Rentner, Pensionäre, Selbständige, Gewerbetreibende) möglich, sondern auch **neben einem sozialversicherungspflichtigen Hauptberuf** möglich.

<u>Geringfügigkeitsgrenze</u>	<u>1 – 12/2017</u>	<u>1 – 12/2018</u>	<u>1 – 12/2019</u>
KV, PV, RV, AV (monatlich)	450,00 EUR	450,00 EUR	450,00 EUR
und monatliche Arbeitszeit nicht mehr als	(50,90 Std.)	(50,90 Std.)	(48,96 Std.)

Wichtiger Hinweis:

Nach § 17 Abs. 1 Satz 1 Mindestlohngesetz (MiLoG) ist der Arbeitgeber seit dem 01.01.2015 gesetzlich verpflichtet, Beginn, Dauer und Ende der täglichen Arbeitszeit von geringfügig beschäftigten Arbeitnehmern aufzuzeichnen.

Arbeitsvertragliche Regelungen zur Arbeitszeit allein reichen daher bei geringfügig entlohnt Beschäftigten seit dem 01.01.2015 für die sozialversicherungsrechtlichen Dokumentationspflichten grundsätzlich **nicht mehr aus**, vgl. auch Abschnitt F der Geringfügigkeitsrichtlinien vom 12.11.2014.

Bei Beachtung des **gesetzlichen Mindestlohns von 9,19 EUR je Arbeitsstunde** ergibt sich im **Kalenderjahr 2019 eine Stundenhöchstgrenze von 450,00 EUR : 9,19 EUR/Std. = 48,96 Std./Monat** und im **Kalenderjahr 2020 eine Stundenhöchstgrenze von 450,00 EUR : 9,35 EUR = 48,12 Std./Monat**.

Hinweis:

Im **Bundesrat wurde am 19.10.2018 ein Gesetzentwurf des Landes Nordrhein-Westfalen** zur Dynamisierung der Geringfügigkeitsgrenze auf das **53-fache des gesetzlichen Mindestlohns** (2019: ca. 487,00 EUR) beraten und in die Ausschüsse verwiesen.

Die **Erfolgsaussichten** einer (kurzfristigen) Umsetzung werden **von Experten jedoch als eher gering eingeschätzt**. Zu **weiteren Einzelheiten** vgl. Seite 6 (10) der Seminarmappe.

0.3. Auswirkungen durch die Anpassung von Rechengrößen und Beitragssätzen in anderen Rechtsgebieten

a) Einführung

Durch die **Änderungen bei den Rechengrößen und Beitragssätzen zum 01.01.2019** ergeben sich auch **Auswirkungen** u.a. bei

- der Berechnung des **Arbeitgeberzuschusses** zur **freiwilligen Kranken- und sozialen Pflegeversicherung** (abhängig von den monatlichen Beitragsbemessungsgrenzen und den Beitragssätzen in der gesetzlichen KV/PV, vgl. Kapitel 16 der Seminarmappe),
- der Berechnung des **Arbeitgeberzuschusses** zu einer **privaten Kranken- und Pflegeversicherung** (u.a. abhängig von den monatlichen Beitragsbemessungsgrenzen und den Beitragssätzen in der gesetzlichen KV/PV, vgl. Kapitel 16 der Seminarmappe und nachfolgende Ausführungen),
- der Berechnung des **Arbeitgeberzuschusses** zu einer **berufsständischen Versorgungseinrichtung** gem. § 172 Abs. 2 SGB VI (neuer Höchstbetrag im Kalenderjahr 2019 in den alten Bundesländern: 6.700,00 EUR x 18,6 % : 2 = 623,10 EUR, in den neuen Bundesländern: 6.150,00 EUR x 18,6 % : 2 = 571,95 EUR),
- der Berechnung des **Faktors für** Arbeitsentgelte innerhalb der **Gleitzone** (abhängig vom Gesamtsozialversicherungsbeitrag, durch die geänderten Sozialversicherungsbeiträge ab 01.01.2019 nunmehr 0,7566 (vorläufiger Wert), vgl. auch „Gleitzoneformel“ in Kapitel 6 und 14 der Seminarmappe),
- den **Hinzuverdienstgrenzen** im Rahmen einer **beitragsfreien Familienversicherung** (für Einkommen außerhalb einer geringfügig entlohnten Beschäftigung abhängig von der Höhe der monatlichen Bezugsgröße, vgl. Kapitel 15 der Seminarmappe),
- den Schlüsselwerten im Arbeits-, Lohnsteuer- und Sozialversicherungsrecht im Rahmen der **betrieblichen Altersversorgung** (abhängig von der jährlichen Beitragsbemessungsgrenze RV/West und der Bezugsgröße West, vgl. Kapitel 12 der Seminarmappe).

Durch die für das Kalenderjahr 2019 **prognostizierte Erhöhung der Lebenshaltungskosten** ergeben sich zum 01.01.2019 auch Änderungen bei

- den **Sachbezugswerten für Mahlzeiten** (Mittag- und Abendessen ab 01.01.2019: 3,30 EUR statt 3,23 EUR, Frühstück: 1,77 EUR statt 1,73 EUR). Zu Einzelheiten vgl. Kapitel 9 und 10 der Seminarmappe.

b) Berechnung des Arbeitgeberzuschusses zur privaten Krankenversicherung

Der **Arbeitgeberzuschuss** für einen privat krankenversicherten Arbeitnehmer ist aufgrund der gestiegenen monatlichen Beitragsbemessungsgrenze zum Jahreswechsel 2018/2019 **zu überprüfen** und infolge des geänderten Höchstbetrages **ggf. anzupassen**. Gleiches gilt für den Zuschuss zu einer privaten Pflegeversicherung.

Änderungen im Arbeit-, Lohnsteuer- und SV-Recht zum 01.01.2019	- 0 (16) -	Aktuelle Hinweise zum ALS-Recht 2018/2019 (Kapitel 0)
--	------------	---

► **Gesetzliche Regelung**

Der Zuschuss beträgt nach § 257 Abs. 2 Satz 2 SGB V ab 2019 die **Hälfte des Betrags**,

- der sich unter Anwendung des **paritätisch finanzierten Beitragssatzes** (einschl. durchschnittlicher Zusatzbeitrag) in der gesetzlichen Krankenversicherung und
- der bei Versicherungspflicht zugrundeliegenden **Einnahmen** (fiktives KV-Brutto, max. monatliche oder anteilige Beitragsbemessungsgrenze) als Beitrag ergibt,

höchstens jedoch die **Hälfte des Betrags**, den der Beschäftigte für seine private Krankenversicherung **zu zahlen hat**.

► **Berechnung des Höchstzuschusses für den Zeitraum 01.01. bis 31.12.2018**

<u>Höchstzuschuss in der Zeit von 1 – 12/2018</u>	<u>Arbeitnehmer, die in der GKV mit Krankengeldanspruch versichert wären</u>	<u>Arbeitnehmer, die in der GKV ohne Krankengeldanspruch versichert wären</u>
KV-Beitragssatz zum 01.01.2018 ohne Zusatzbeitrag	14,6 %	14,0 %
Maßgebende Beitragsbemessungsgrenze zum 01.01.2018	4.425,00 EUR	4.425,00 EUR
Berechnung des Höchstzuschusses	$4.425,00 \text{ EUR} \times 14,6 \% : 2 =$ <u>323,03 EUR</u>	$4.425,00 \text{ EUR} \times 14,0 \% : 2 =$ <u>309,75 EUR</u>

► **Berechnung des Höchstzuschusses für den Zeitraum 01.01. bis 31.12.2019**

<u>Höchstzuschuss in der Zeit von 1 – 12/2019</u>	<u>Arbeitnehmer, die in der GKV mit Krankengeldanspruch versichert wären</u>	<u>Arbeitnehmer, die in der GKV ohne Krankengeldanspruch versichert wären</u>
KV-Beitragssatz zum 01.01.2019 <u>einschl.</u> durchschnittlicher Zusatzbeitrag	15,5 %	14,9 %
Maßgebende Beitragsbemessungsgrenze zum 01.01.2019	4.537,50 EUR	4.537,50 EUR
Berechnung des Höchstzuschusses	$4.537,50 \text{ EUR} \times 15,5 \% : 2 =$ <u>351,66 EUR</u>	$4.537,50 \text{ EUR} \times 14,9 \% : 2 =$ <u>338,04 EUR</u>

Änderungen im Arbeit-, Lohnsteuer- und SV-Recht zum 01.01.2019	- 0 (18) -	Aktuelle Hinweise zum ALS-Recht 2018/2019 (Kapitel 0)
--	------------	---

c) **Neue Schlüsselzahlen in der betrieblichen Altersversorgung ab 01.01.2019**

Vgl. hierzu **Kapitel 12 der Seminarmappe sowie Tischvorlage 1** zur Seminarveranstaltung „Änderungen im Arbeits-, Lohnsteuer- und Sozialversicherungsrecht zum 01.01.2019“.

d) **Zahlenübersicht für den Bundesfreiwilligendienst**

Die Teilnehmer/innen erhalten für den Bundesfreiwilligendienst unentgeltliche Unterkunft, Verpflegung und Arbeitskleidung sowie ein angemessenes Taschengeld. **Die monatliche Vergütung**, das „Taschengeld“, für den Bundesfreiwilligendienst liegt bundeseinheitlich bei max. **6 % der Beitragsbemessungsgrenze** in der Rentenversicherung West, also

- **im Kalenderjahr 2016** bei max. 6.200,00 EUR x 6 % = **372,00 EUR**,
- **im Kalenderjahr 2017** bei max. 6.350,00 EUR x 6 % = **381,00 EUR**,
- **im Kalenderjahr 2018** bei max. 6.500,00 EUR x 6 % = **390,00 EUR**,
- **im Kalenderjahr 2019** bei max. 6.700,00 EUR x 6 % = **402,00 EUR**,

bei Auszahlung von Unterkunft und Verpflegung mit den Werten der Sozialversicherungs-entgeltverordnung entsprechend höher, vgl. auch § 2 Nr. 4 Bundesfreiwilligendienstgesetz (BFDG) und Kapitel 10 der Seminarmappe.

<u>Kalenderjahr</u>	<u>Max. Taschengeld (steuerfrei)</u>	<u>Sachbezugswert Unterkunft (stpfl.)</u>	<u>Sachbezugswert Verpflegung (stpfl.)</u>	<u>Max. Gesamtvergütung</u>
2016	372,00 EUR	223,00 EUR	236,00 EUR	831,00 EUR
2017	381,00 EUR	223,00 EUR	241,00 EUR	845,00 EUR
2018	390,00 EUR	226,00 EUR	246,00 EUR	862,00 EUR
2019	402,00 EUR	231,00 EUR	251,00 EUR	884,00 EUR

0.4. Zusatzbeiträge in der gesetzlichen Krankenversicherung

a) Erhebung von krankenkassenindividuellen Zusatzbeiträgen

Der von gesetzlich krankenversicherten Arbeitnehmern **bis zum 31.12.2014 einheitlich zu tragende Beitragsanteil von 0,9 %** (§ 243 i.V.m. § 249 Abs. 1 Satz 1 SGB V) wurde zum 01.01.2015 durch den Gesetzgeber wieder **abgeschafft** und durch einen einkommensbezogenen Zusatzbeitrag ersetzt (§ 242 i.V.m. § 249 Abs. 1 Satz 1 SGB V).

Die Folge ist, dass **zwischenzeitlich fast alle gesetzlichen Krankenkassen** Zusatzbeiträge von ihren Mitgliedern erheben werden müssen. Steigerungen der Zusatzbeiträge in den Folgejahren, die nach dem bis zum 31.12.2018 (noch) aktuellen Recht alleine von den Mitgliedern zu finanzieren sind, sind abzusehen, vgl. zuletzt FAZ vom 27.01.2018.

Experten hatten bereits im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens im Frühjahr 2014 darauf hingewiesen, dass die **Zusatzbeiträge der Krankenkassen wegen der unterschiedlichen Finanzausstattung stark variieren können** (im IV. Quartal 2018 aktuell zwischen 0,0 % und 1,7 % insgesamt und zwischen 0,59 % und 1,7 % bundesweit).

Auch wenn die **Krankenkassen zurzeit „im Geld schwimmen“** (vgl. zuletzt FAZ vom 24.11.2018), geht der Präsident des Bundesversicherungsamtes, Maximilian Gaßner, davon aus, dass die Krankenkassen bald schon einen durchschnittlichen **Zusatzbeitrag von 2,2 % bis 2,3 %** verlangen müssen, vgl. *HB vom 02.03.2015 und focus-online vom 27.03.2017.*

► Änderungen zum 01.01.2019 (Bundesrats-Drucksache 522/18 -Beschluss - vom 23.11.2018)

Am 18.10.2018 hat der Bundestag im Rahmen des GKV-Versichertenentlastungsgesetzes beschlossen, wieder die paritätische Finanzierung des KV-Gesamtbeitrages und damit auch des Zusatzbeitrages einzuführen, so ab 01.01.2019 der Gesamtbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung wieder zu je 50 % von Arbeitgebern und Arbeitnehmern getragen wird.

Hierdurch ergibt sich **für die Arbeitgeber** ab dem Kalenderjahr 2019 **eine Belastung von ca. 5 Mrd. EUR jährlich** und eine entsprechende Entlastung auf der Arbeitnehmerseite.

Damit ist der **finanzielle „Druck“ für Arbeitnehmer künftig geringer**, insbesondere bei Erhöhung der Zusatzbeiträge, von seiner „teuren“ in eine günstige Krankenkasse zu wechseln. Da die **Mitgliederbewegungen** bei Beitragserhöhungen **schwächer ausfallen** dürften, ist bei den **teuren Krankenkassen der „Druck“ geringer**, Einsparpotentiale zu realisieren.

Die **Freude der Arbeitnehmer** über die 50 %-ige Beteiligung des Arbeitgebers am Zusatzbeitrag wird **jedoch etwas getrübt** durch die damit einhergehende **Erhöhung der monatlichen Lohnsteuerbelastung**, da hierdurch weniger Krankenversicherungsbeiträge des Arbeitnehmers im Rahmen der **Vorsorgepauschale** berücksichtigt werden können.

Änderungen im Arbeit-, Lohnsteuer- und SV-Recht zum 01.01.2019	- 0 (20) -	Aktuelle Hinweise zum ALS-Recht 2018/2019 (Kapitel 0)
---	-------------------	--

Beispiel

Der **Arbeitnehmer** verdient **3.000,00 EUR brutto monatlich**, hat einschl. Kirchensteuer und Solidaritätszuschlag einen **persönlichen Spitzensteuersatz von 35 %** und ist bei einer Krankenkasse gesetzlich krankenversichert, welche im **Kalenderjahr 2019** unverändert einen **Zusatzbeitrag von 1,0 %** erhebt.

Berechnung des krankenkassen individuellen Zusatzbeitrages:

Jahr 2018:	3.000,00 EUR x 1 % = 30,00 EUR,	dav. AN-Anteil	30,00 EUR
Jahr 2019:	3.000,00 EUR x 1 % = 30,00 EUR,	dav. AN-Anteil	<u>15,00 EUR</u>
Weniger Belastung mit KV-Beitrag = höhere Versteuerung für			15,00 EUR
			x 35 % =
hierauf entfallende Steuererhöhung			5,25 EUR

Hinweis:

In vielen Fällen merkt der Arbeitnehmer die hierdurch verursachte Steuererhöhung gar nicht, da zum Jahreswechsel 2018/2019 **auch positive Veränderungen** wirksam werden, insbesondere die Anhebung des jährlichen Grundfreibetrages von 9.000,00 EUR auf 9.168,00 EUR, so dass 9.168,00 EUR ./ 9.000,00 EUR = 168,00 EUR : 12 = 14,00 EUR x 35 % = 4,90 EUR Steuererleichterung im Steuertarif 2019 gegenzurechnen sind.

Da die **Anhebung der Pflegeversicherungsbeiträge** ebenfalls zugunsten der Arbeitnehmer in der Vorsorgepauschale eingerechnet wird (aber **nicht die Absenkung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge**), ergibt sich **per Saldo** in fast allen Fällen bei unverändertem Entgelt eine **Reduzierung der monatlichen Steuerbelastung**. Zu **weiteren Einzelheiten** vgl. Seite 0 (47) ff. der Seminarmappe.

► **Durchschnittlicher Zusatzbeitrag für das Kalenderjahr 2019 sinkt auf 0,9 %**

Der im Oktober 2018 endgültig vom **Schätzerkreis** aus Bundesgesundheitsministerium, Bundesversicherungsamt und GKV-Spitzenverband für das Kalenderjahr 2019 **amtlich festgestellte durchschnittliche Zusatzbeitrag** wurde zum 01.01.2019 (zur Überraschung auch vieler Krankenkassen) von 1,0 % auf 0,9 % abgesenkt, vgl. *zuletzt FAZ vom 12.10.2018*.

Die **konkrete finanzielle Lage** ist jedoch nach wie vor von Krankenkasse zu Krankenkasse **unterschiedlich**. Die **Verwaltungsräte der Krankenkassen** werden in den nächsten Wochen, meist Mitte Dezember, über die Höhe der **tatsächlichen Zusatzbeiträge** entscheiden, vgl. *auch Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12.10.2018*.

Der durchschnittliche Zusatzbeitrag nach § 242a SGB V wird **auf Basis der Schätzung per Verordnung vom Bundesgesundheitsministerium** bis zum 1. November jeden Jahres für das Folgejahr **bekanntgemacht** (für das Jahr 2019: siehe BAnz AT vom 26.10.2018 B4).

Dass der (durchschnittliche) Beitragssatz **trotz einer Unterdeckung** bei vielen Krankenkassen **abgesenkt wurde** und damit Beitragssenkungen „vorgegaukelt“ werden, für die bei den meisten Krankenkassen keine Spielräume vorhanden sind, wird vor allem von den **Betriebskrankenkassen kritisiert**.

Krankenkassen, deren Zusatzbeitrag den Durchschnittswert übersteigt, müssen ihre Mitglieder ausdrücklich auf die Möglichkeit hinweisen, in eine günstigere Krankenkasse zu wechseln.

Änderungen im Arbeit-, Lohnsteuer- und SV-Recht zum 01.01.2019	- 0 (21) -	Aktuelle Hinweise zum ALS-Recht 2018/2019 (Kapitel 0)
--	------------	---

► **Pressemitteilung des GKV-Spitzenverbandes vom 11.10.2018**

...

Große Krankenkassen sind derzeit die **DAK Gesundheit** (./. 3 % = 5,9 Mio.), die AOK Bayern (4,3 Mio.), die AOK Baden-Württemberg (4,1 Mio.), die IKK Classic (3,3 Mio.), die AOK Rheinland/Hamburg (2,9 Mio.), die AOK Nordwest (2,7 Mio.), die AOK Plus in Thüringen und Sachsen (+ 13 % = 3,1 Mio.) sowie die AOK Niedersachsen (2,5 Mio.).

Zu weiteren Einzelheiten vgl. auch Veröffentlichung „Krankenkassenwechsel kinderleicht“ in der Verbraucherzeitschrift „Finanztest“ – Ausgabe Januar 2016 Seite 78 ff.

Änderungen im Arbeit-, Lohnsteuer- und SV-Recht zum 01.01.2019	- 0 (22) -	Aktuelle Hinweise zum ALS-Recht 2018/2019 (Kapitel 0)
--	------------	---

► **Übersicht zum krankenkassenindividuellen Zusatzbeitrag**

<u>Zusatzbeitrag</u>	<u>2015</u>	<u>2016</u>	<u>2017</u>	<u>2018</u>	<u>2019</u>
Amtlicher Durchschnitt	0,9 %	1,1 %	1,1 %	1,0 %	0,9 %
Tatsächlicher Durchschnitt	0,83 %	1,08 %	1,11 %		

Quellennachweise: FAZ vom 30.10.2017 (Amtlicher Durchschnitt für das Kalenderjahr 2018, Homepage des GKV-Spitzenverbandes (Abruf vom 12.10.2018, tatsächlicher Durchschnitt im Kalenderjahr 2015 bis 2017)

► **Bedeutung des durchschnittlichen Zusatzbeitrages**

Der durchschnittliche Zusatzbeitrag von 0,9 % (neuer Wert für 2019) hat u.a. Bedeutung bei der **Beitragsberechnung**, sofern der KV-Beitrag nicht vom Arbeitnehmer, sondern **von einem Dritten** getragen wird, und auf die Art der **Hinweisverpflichtung** der Krankenkasse gegenüber den betroffenen Mitgliedern im Zusammenhang mit der Erhöhung des Zusatzbeitrages.

Krankenkassen, deren Zusatzbeitrag den Durchschnittswert übersteigt, müssen ihre Mitglieder ausdrücklich auf die Möglichkeit hinweisen, in eine günstigere Krankenkasse zu wechseln.

b) **Offizielle Übersicht des GKV-Spitzenverbandes**

Die jeweils **tagesaktuelle offizielle Übersicht des GKV-Spitzenverbandes** mit Hinweisen zur Wählbarkeit finden interessierte Arbeitnehmer seit dem Jahre 2015 unter http://www.gkv-spitzenverband.de/service/versicherten_service/krankenkassenliste/krankenkassen.jsp (vgl. auch Tischvorlage 2, Stand: 01.11.2018) oder unter

www.gkv-zusatzbeitraege.de.

8 Krankenkassen haben zum 01.01.2018 ihre Zusatzbeiträge um **bis zu 0,6 % angehoben**, **16 Krankenkassen** haben sie zum Jahreswechsel 2017/2018 **um bis zu 0,3 % abgesenkt**.

Bei der Wahl einer gesetzlichen Krankenkasse sollte jedoch auch auf finanzielle Reserven (Rücklagen), Zusatzleistungen für Mitglieder, Servicebereitschaft, Erreichbarkeit und die Anzahl der Geschäftsstellen vor Ort geachtet werden, vgl. Krankenkassentest von 76 allgemein geöffnete Krankenkassen in Handelsblatt vom 18.10.2017 sowie Übersichten zu den die höchsten Geld- und Sachprämien unter <https://www.gesetzlichekrankenkassen.de/>.

Änderungen im Arbeit-, Lohnsteuer- und SV-Recht zum 01.01.2019	- 0 (23) -	Aktuelle Hinweise zum ALS-Recht 2018/2019 (Kapitel 0)
---	-------------------	--

<u>Ausgewählte Krankenkassen (Stand: 01.11.2018)</u>	<u>Zusatzbeitragssatz</u>
Metzinger BKK einschl. bisherige BKK MEM in Verwaltungsgemeinschaft mit der mhplus Krankenkasse (von ca. 8.000 Mitglieder in 10/2015 auf ca. 30.000 Mitglieder in 1/2018 gewachsen, <u>nur in Ba-Wü und Thüringen geöffnet</u> , bisher 0,3 % bzw. 0,6 %)	0,0 %
AOK Sachsen-Anhalt	0,3 %
BKK Pfaff (nur in Rheinland-Pfalz geöffnet), BKK Würth*	0,4 %
BKK Akzo Nobel Bayern (nur in Bayern geöffnet), BKK Voralb*	0,5 %
BKK Euregio (nur im Hamburg und Nordrhein-Westfalen geöffnet, bisher 0,7 %)	0,58 %
hkk (bundesweit geöffnete Ersatzkasse, in 12/2017 ca. 570.000 Mitglieder)	0,59 %
AOK Plus – Die Gesundheitskasse für Sachsen und Thüringen, BKK firmus , BKK Scheufelen (nur in Ba-Wü geöffnet, bisher 0,4 %), IKK gesund plus	0,6 %
BKK Faber-Castell & Partner (nur in Bayern geöffnet, bisher 0,5 %)	0,65 %
Audi BKK , BKK Grillo-Werke AG*, BKK Rieker.Ricosta.Weisser*, BKK Schwarzwald-Baar-Heuberg (nur Ba-Wü), BKK VerbundPlus , Krones BKK*, SKD BKK	0,7 %
AOK Niedersachsen, AOK Bremen/Bremerhaven (Absenkung von 1,1 % um 0,3 % zum 01.01.2018), Thüringer BKK (auch in Sachsen geöffnet)	0,8 %
AOK Nordost, AOK NordWest, BKK EWE*, BKK Freudenberg, BKK Groz-Beckert*, BKK Karl Mayer*, BKK Mahle*, BKK Textilgruppe Hof, BMW BKK*, Bosch BKK, Daimler BKK*, Debeka BKK , R+V BKK , Südzucker BKK*, Techniker Krankenkasse (Absenkung von 1,0 % um 0,1 % zum 01.01.2018)	0,9 %
Salus BKK	0,95 %
BKK exklusiv, BKK PwC*, Ernst & Young BKK*	0,99 %
actimonda BKK , AOK Hessen, AOK Baden-Württemberg, AOK Rheinland-Pfalz/Saarland, BIG direkt gesund , BKK Aesculap*, BKK_Dürkopp Adler, BKK Herford Minden Ravensberg, BKK Public, BKK Salzgitter, Hanseatische Krankenkasse (HEK)	1,0 %
AOK Bayern, Barmer , BKK Mobil Oil , BKK Achenbach Buschhütten, BKK BPW*, BKK Deutsche Bank AG*, BKK Diakonie, BKK EVM*, BKK Herkules, BKK Linde , BKK Melitta Plus, BKK Miele*, BKK Stadt Augsburg*, BKK Werra-Meissner, BKK Wirtschaft und Finanzen, BKK 24, energie-BKK , Heimat Krankenkasse , Knappschaft , mhplus Betriebskrankenkasse, TUI BKK , WMF Betriebskrankenkasse	1,1 %
atlas BKK ahlmann, Bertelsmann BKK , BKK Gildemeister Seidensticker , BKK ZF & Partner, pronova BKK (einschl. frühere BKK Braun-Gillette) , IKK Classic (Absenkung von 1,4 % auf 1,2 % zum 01.05.2018), Wieland BKK*,	1,2 %
BKK B. Braun Melsungen AG*, BKK MTU*, BKK Pro Vita , BKK RWE*, BKK Technoform (Erhöhung um 0,6 %) BKK VDN, BKK VBU (Erhöhung um 0,4 %), Continental BKK , Die Schwenninger BKK , IKK Nord, IKK Brandenburg und Berlin (Erhöhung von 0,89 % auf 1,3 %), Siemens-Betriebskrankenkasse (SBK)	1,3 %

Änderungen im Arbeit-, Lohnsteuer- und SV-Recht zum 01.01.2019	- 0 (24) -	Aktuelle Hinweise zum ALS-Recht 2018/2019 (Kapitel 0)
---	-------------------	--

<u>Ausgewählte Krankenkassen (Stand: 01.11.2018)</u>	<u>Zusatzbeitragssatz</u>
Novitas BKK	1,35 %
Die Bergische Krankenkasse (geöffnet in Hamburg und Nordrhein-Westfalen)	1,39 %
AOK Rheinland/Hamburg, Bahn BKK, BKK Pfalz (einschl. bisherige BKK Vital), Siemag BKK	1,4 %
Koenig und Bauer BKK (vormals BKK KBA)*	1,44 %
Brandenburgische BKK, DAK-Gesundheit, IKK Südwest (Erhöhung von 1,2 % um 0,3 % auf 1,5 % zum 01.07.2017), KKH (Erhöhung um 0,3 % zum 01.04.2017)	1,5 %
BKK Henschel Plus (geöffnet in Bayern, Hessen und Niedersachsen)	1,6 %
Merck BKK*, Securvita BKK (Erhöhung von 1,4 % um 0,3 % zum 01.07.2017), VIACTIV Krankenkasse (ca. 700.000 Versicherte, vormals BKK vor Ort)	1,7 %
* = betriebsbezogene BKK (grundsätzlich nur für Betriebsangehörige und deren Familienangehörige wählbar)	
Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 29.03., 01.04., 23.11. und 15.12.2017 sowie vom 03.01.2018, Zeitschrift Finanztest Nr. 1/2018 Seite 89, Internetrecherche vom 03.11.2018 auf den Seiten der jeweiligen Krankenkassen sowie unter www.gkv-zusatzbeitraege.de und www.krankenkassen.info.de	

c) Ergänzende Hinweise zum krankenkassenindividuellen Zusatzbeitrag

Von den **110 Krankenkassen sind 37 bundesweit geöffnet**, 46 in mindestens einem Bundesland geöffnet und 27 nicht geöffnet. **11 Kassen** erheben den amtlichen Durchschnittsbeitrag von 1,0 %, **44 Kassen liegen darunter** und **55 Kassen darüber**. 86 Krankenkassen haben ihre Beiträge zum 01.01.2018 konstant gelassen, 24 Kassen (21,8 %) haben sie verändert.

Besonders stark angehoben haben ihre Zusatzbeiträge zum 01.01.2018 die **BKK Technoform** (von 0,7 % um 0,6 % auf 1,3 %) und andere kleinere BKK'en. **Besonders stark abgesenkt** haben ihre Beiträge zum 01.01.2018 die **AOK Bremer/Bremerhaven** (von 1,1 % um 0,3 % auf 0,8 % und die **Metzinger BKK** von 0,3 % auf 0,0 %).

Der Gesetzgeber hat für den einkommensabhängigen Zusatzbeitrag **keine prozentuale Obergrenze** und **keine Begrenzung auf eine Nachkommastelle** festgelegt.

Ebenso sieht das Gesetz **keine vorgegebenen Zeitpunkte** für eine erstmalige Erhebung oder eine Erhöhung des Zusatzbeitrages vor. Der Zusatzbeitrag kann daher nicht nur zu Beginn eines Kalenderjahres, sondern **auch im Laufe des Kalenderjahres** erstmalig erhoben oder erhöht werden (z.B. Erhöhung der KKH zum 01.04.2017 von 1,2 % auf 1,5 %).

► Krankenkassen mit angespannter Finanzlage

Viele Krankenkassen haben in den Kalenderjahren 2015 bis 2018 versucht, zumindest den jeweiligen durchschnittlichen Zusatzbeitrag von 0,9 %, 1,0 % bzw. 1,1 % **solange es geht nicht zu überschreiten**, notfalls auch durch den **Einsatz eigener Rücklagen**, um Mitgliederverluste zu vermeiden, vgl. *auch Handelsblatt vom 24.08.2016*.

Änderungen im Arbeit-, Lohnsteuer- und SV-Recht zum 01.01.2019	- 0 (25) -	Aktuelle Hinweise zum ALS-Recht 2018/2019 (Kapitel 0)
--	------------	---

Soweit einzelne Krankenkassen in die Situation gekommen sind, einen **Zusatzbeitrag oberhalb des Durchschnittes** zu erheben und damit **Mitgliederverluste riskieren**, muss dies nicht unbedingt an einem Missmanagement liegen. Häufig dürften auch **Unwuchten** im immer wieder kritisierten morbiditätsorientierten **Risikostrukturausgleich** und **regionale Kostenunterschiede** die Ursache sein, vgl. zuletzt *Handelsblatt* vom 31.10.2018.

Aus Sicht **einzelner Ersatz- und Betriebskrankenkassen** erhalten insbesondere die **Allgemeinen Ortskrankenkassen** überhöhte, **ungerechtfertigte Zuweisungen** wegen bestehender Methodenfehler im GKV-Finanzausgleich und haben damit eine **Debatte über die Finanzströme in Milliardenhöhe ausgelöst**, vgl. zuletzt *FAZ* vom 24.11.2018.

d) Fusionen bei den gesetzlichen Krankenkassen

Experten gehen davon aus, dass der **Fusionsdruck** auf die gesetzlichen Krankenkassen in den Kalenderjahren 2019 ff. **weiter zunimmt**. Bereits **Ulla Schmidt (SPD)**, ehemalige Bundesgesundheitsministerin, wird heute immer noch mit ihrer Aussage „50 bis 60 Krankenkassen genügen für den Wettbewerb“ zitiert.

Seit dem 01.01.2018 gibt es noch 110 Krankenkassen und damit **13 Kassen weniger** als noch im Jahr 2015. „Verschwunden“ durch Fusion sind seit 01.01. bzw. 01.07.2016 die BKK Basell, die BKK Demag Krauss-Maffei, die BKK family, die BKK Schleswig-Holstein, die HEAG BKK (zuletzt 1,2 %) und die BKK Beiersdorf (zuletzt 1,5 %) sowie zum 01.01.2017 die BKK Braun-Gillette (zuletzt 1,9 %), die E.ON BKK (zuletzt 1,1 %), die Vereinigte BKK (zuletzt 1,2 %) und nun zum 01.10.2017 die BKK advita (zuletzt 1,1 %).

► Fusionen zum 01.01.2018

<u>Krankenkassen vor Fusion</u>	<u>Zusatzbeitragssatz im Kalenderjahr 2017</u>	<u>Krankenkassen nach Fusion</u>	<u>Zusatzbeitragssatz im Kalenderjahr 2018</u>
Metzinger BKK (geöffnet in Baden-Württemberg, ca. 28.000 Mitglieder)	0,3 %	Metzinger BKK (geöffnet in Baden-Württemberg und Thüringen)	0,0 %
BKK MEM (geöffnet in Thüringen, ca. 2.000 Mitglieder)	0,6 %		
BKK Pfalz (bundesweit geöffnet)	1,4 %	BKK Pfalz (bundesweit geöffnet)	1,4 %
BKK Vital (geöffnet in Ba-Wü, NRW und RP)	1,8 %		